

D

ie Bombe platze wenige Stunden nach der Anfrage dieser Zeitung beim Awo-Kreisverband. Neue Details über üppige Gehälter für Awo-Spitzenleute, über Beraterverträge für die Chefs und auch schon mal für ihre ehrenamtlichen Kontrolleure und zur Dienstwagenausstattung für den Kreisvorstand hatten Anlass für eine Reihe von Fragen gegeben. Am Donnerstagabend die Mitteilung des Kreisverbands, dass der stellvertretende Kreisvorsitzende Jürgen Richter, der weiterhin Geschäftsführer der Awo Frankfurt ist, ebenso wie sein Sohn Gereon als hauptamtlicher Geschäftsführer ihre Ämter ruhen lassen.

Worum ging es in der Anfrage, die offensichtlich das Beben auslöste? Ein Schreiben, das am 11. November 2019 von der Kölner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO an den Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden ging und das dieser Zeitung vorliegt, offenbart zahlreiche kritische Punkte zum Jahresabschluss 2018, die von den Prüfern selbst warnend als „Sachverhalte mit möglichen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit des Vereins“ bezeichnet werden.

So wird in dem „Managementletter mit den wesentlichen Prüfungsfeststellungen“ nach der Verhältnismäßigkeit der Chefgehälter gefragt. Ob nämlich Arbeitgeber-Bruttopersonalkosten in Höhe von 344 000 Euro für die Awo-Geschäftsführerin Hannelore Richter und 256 000 Euro für ihren Stellvertreter (und jetzigen Geschäftsführer) Murat Burcu „für die Einrichtung angemessen“ seien. Neben den Dienstverträgen sind mit Richter und Burcu noch Bonuszahlungen von jeweils 10 000 Euro netto vereinbart worden. Die wurden zur Verwunderung der Prüfer bereits vorzeitig im Mai 2018 ausgezahlt. Burcu hat laut Prüfbericht außerdem 2017 einen Beratervertrag mit der Awo Wiesbaden geschlossen. Honorar: 72 000 Euro plus Umsatzsteuer. Die Abrechnung erfolge über den Kreisverband Wiesbaden unter Weiterbelastung der Aufwendungen an die Awo Frankfurt, heißt es weiter. Ein Nachweis über erbrachte Leistungen liege aber nicht vor.

Auch Hannelore Richter hat demnach einen Beratervertrag mit der Awo Wiesbaden mit zusätzlichen Einnahmen neben ihrem ordentlichen Dienstverhältnis abgeschlossen. Die Honorare seien dann einerseits als Honorar „Flüchtlingshilfe“ verbucht, aber auch als „Zulage“. Ob dies alles vereinbar mit „der Erbringung ihrer Arbeitsleistung gemäß Dienstvertrag“ als Ge-



Ihre Rolle bei der Awo Wiesbaden wird immer stärker hinterfragt (von links im Uhrzeigersinn): Jürgen Richter, Hannelore Richter, Elke Wansner, Murat Burcu und Gereon Richter.
Fotos: Sascha Kopp

Wohlfahrt in eigener Sache

Wie die Wiesbadener Awo ihren Getreuen Gutes tut / Wirtschaftsprüfer warnen vor möglichem Entzug der Gemeinnützigkeit.

Von Birgit Emnet

schäftsführerin sei, fragen die Prüfer. Offensichtlich kommt auch der Kreisvorstand in den Genuss von Privilegien. Sowohl dem Vorsitzenden Wolfgang Stasche als auch seiner Stellvertreterin Elke Wansner wird von der Awo Wiesbaden jeweils ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt, dessen Nutzung „auch privat“ erfolge, wie die Prüfer in Erfahrung bringen konnten. Wansner ist darüber hinaus seit Juni 2007 – damals war sie noch Vorsitzende der SPD-Rathausfraktion – Mieterin einer Awo-Wohnung. Hierzu wollen die Prüfer wissen, ob das satzungskonform sei und ob eine angemessene Miete verlangt werde. Wansner war, wie nun bekannt wird, zwischenzeitlich auch IT-Beraterin für die Awo Wiesbaden. Dazu habe sie in einer außerordentlichen Kreisvorstandssitzung am 20. März 2019 zu Protokoll gegeben, dass sie für die Zeit von April bis Herbst 2019 ihr Mandat „ruhen lasse“. Bereits im Mai habe Wansner dann eine Forderung über eine Abschlagszahlung von 25 000 Euro an die Awo geschickt. Ein zeitlich begrenztes „Ruhenlassen“ des Amtes sehe die Satzung aber gar nicht vor, argumentie-

ren die Prüfer. Und fragen, ob Wansner dann in der Zeit den Dienstwagen abgegeben habe? Auch der seinerzeitige Revisor Panagiotis Triantafyllidis verdiente ein kleines Zubrot: Als Compliance Officer bekam er 2018 monatlich 450 Euro. „Satzungskonform?“, fragen die Prüfer erneut. Bei Murat Burcu wurde festgestellt, dass er einen von der Awo geleasenen Dienstwagen fahre, die Monatsraten dafür aber selbst bezahle. Es fehlten aber zwei Raten, mahnen die Prüfer. Im Monat März 2018 wurden auf eine von Burcu genutzte Tankkarte 900 Liter für wechselweise Diesel und Benzin verbucht. „Wie das?“, so die Prüfer. Die „Car Allowance“ decke doch sämtliche Kosten einer auch dienstlichen Nutzung von Privat-Pkw ab. Spendabel zeigte sich die Awo Wiesbaden bei der Hochzeit von Gereon Richter: Man zahlte das Musikprogramm für 2500 Euro und legte noch 300 Euro als Geldgeschenk obendrauf. Letzteres sei nicht lohnversteuert worden, notieren die Prüfer penibel. Darüber hinaus habe Gereon Richter noch einen Bonus über 8300 Euro erhalten, zu dem die Personalabteilung

keine Anweisung oder Grundlage finden könne.

Fragezeichen setzen die Prüfer auch zu zwei Anordnungen von Hannelore Richter bezüglich der Flitterwochen ihrer Schwiegertochter. Da dieser Urlaubstage fehlten, hieß es zunächst, dies solle am Weihnachtsgeld abgezogen werden. Kurz nach Urlaubsrückkehr dann die zweite Direktive: Die Zeit sei eingearbeitet, das Weihnachtsgeld voll zu erstatten.

»Ist die Nebentätigkeit vereinbar mit dem Dienstvertrag?«

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO in ihrem Brief an die Awo

Über ihren Medienanwalt stellt die Awo Wiesbaden dazu fest, dass in den Fragen der Wirtschaftsprüfer zu den festgestellten Sachverhalten „keineswegs der Istzustand abgebildet“ sei. Der Prüf- und Analyseprozess dauere an. Man habe bezüglich des Durchstehens der Informationen bereits Strafanzeige wegen Datenschutzverstoß gestellt. Die genannten Beträge zu den Geschäftsführern entsprächen nicht den gezahlten Gehältern, diese seien „angemessen“. Zu Beraterverträgen sage man aus Datenschutzgründen nichts. Die Dienstwagen für Kreisvorstandsmitglieder seien kein Verstoß gegen die Satzung, Elke Wansners Wohnung, für die sie ein Entgelt zahle, liege im Dachgeschoss einer Kita, habe Mängel und sei lange nicht bewohnt gewesen. Auch habe sie ihr Amt für die Beraterfunktion nicht „ruhen lassen“, sondern niedergelegt. Der Dienstwagen habe dann zu ihrer Tätigkeitsvergütung gehört. Zur Zusatzfunktion von Panagiotis Triantafyllidis als Compliance Officer befindet die Awo: „Unserer Ansicht nach schließt die Tätigkeit als Revisor Aushilftätigkeiten nicht aus.“

AUF DEN PUNKT



Birgit Emnet zur Awo-Affäre

Druck im Kessel steigt

Opferhaltung, Wagenburg-Mentalität, un-nachgiebiges Vorgehen gegen Kritiker: Das bisherige Gebaren der Awo Wiesbaden zeigt eher die Reaktionsmuster einer Sekte, denn einer um Aufklärung bemühten Organisation der freien Wohlfahrtspflege. Wir sind die Guten – betet man sich und der Öffentlichkeit mantra-artig vor. Und das impliziert, dass alle anderen, vor allem mahnende Stimmen, die Bösen sind. Ein einfaches Schwarz-Weiß-Schema, um den Zusammenhalt zu beschwören. Angesichts der Vielzahl der Vorwürfe und immer neuer Enthüllungen zeigt die Wagenburg aber längst Auflösungserscheinungen. Der Rückzug derjenigen, die den Verband in die prekäre Lage hineinmanövriert haben, erfolgt dennoch nur stückchenweise. Jürgen und Gereon Richter lassen ihre Ämter ruhen, sind beide aber noch an leitender Stelle bei der Awo aktiv. Hannelore Richter ist rasch als Sonderbeauftragte und Geschäftsführerin zurückgetreten, bleibt aber als Projektmanagerin an Bord und dürfte weiter maßgeblich Einfluss nehmen. Auch andere Protagonisten und Profiteure des bisherigen Systems versuchen, sich irgendwie aus der Affäre zu ziehen. Der Kreisverband Frankfurt hat jetzt den umstrittenen Mitarbeiterpool mit Wiesbaden aufgelöst und sämtliche Verträge gekündigt. Man wolle aber auch künftig kooperieren, heißt es nun. Derweil steht bei der Awo Wiesbaden die Gemeinnützigkeit auf dem Spiel. Ein Schlag ins Gesicht der vielen uneigennütigen Ehrenamtler und unbescholtenen Mitarbeiter der Awo.

wiesbaden-lokales@vrm.de